



KAS  
WAHLHANDBUCH 2012

# WAHLHANDBUCH UKRAINE 2012

GABRIELE BAUMANN  
CHRISTINE ROSENBERGER  
ANNA PORTNOVA  
JULIANE ZIEGLER

© KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO UKRAINE, 2012

VUL. SHOVKOVYCHNA 10/4  
01021 KIEW  
WWW.KAS.DE/UKRAINE  
OFFICE.UKRAINE@KAS.DE

# WAHLHANDBUCH UKRAINE 2012

DIE UKRAINE VOR DEN NEUWAHLEN  
ZUR WERCHOWNA RADA  
AM 28. OKTOBER 2012

**AUTOREN:**

**GABRIELE BAUMANN  
CHRISTINE ROSENBERGER  
ANNA PORTNOVA  
JULIANE ZIEGLER**

**REDAKTIONSSCHLUSS:**

**29.08.2012**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
KIEW, AUGUST 2012  
[WWW.KAS.DE/UKRAINE](http://WWW.KAS.DE/UKRAINE)**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Die Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine</b>	<b>1</b>
<b>2. Das ukrainische Wahlsystem</b>	<b>2</b>
<b>3. Vorstellung von Parteien und Direktkandidaten</b>	<b>6</b>
3.1. Partei der Regionen	6
3.2. Vereinigte Opposition „Batkiwschtschyna“	8
3.2.1. „Batkiwschtschyna“	9
3.2.2. „Front Smin“	10
3.2.3. „Hromadjanska Posyzija“	10
3.2.4. „Narodna Samooborona“	11
3.2.5. „Sa Ukrainu!“	11
3.2.6. „Reformy i Porjadok“ (PRP)	12
3.2.7. „Narodnyj Ruch Ukrainy“ (NRU)	12
3.3. Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR)	13
3.4. Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)	14
3.5. „Swoboda“	15
3.6. „Ukraina – vpered!“	16
3.7. „Nascha Ukraina“	17
3.8. Auswahl einiger Direktkandidaten	18
<b>4. Im Vorfeld der Parlamentswahlen</b>	<b>20</b>
4.1. Einteilung der Wahlkreise	20
4.2. Die Wahlparteitage der aussichtsreichsten Parteien	21
4.3. Charakteristika des Wahlkampfes	22
4.4. Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen	25
<b>5. Literaturverzeichnis</b>	<b>27</b>

# 1. DIE PARLAMENTSWAHLEN 2012 IN DER UKRAINE

Am 28. Oktober 2012 wird in der Ukraine für weitere fünf Jahre das Parlament, die Werchowna Rada, gewählt. In die Rada werden 450 Abgeordnete einziehen: 225 davon über Parteilisten, 225 über Direktwahlkreise. Offiziell hat der Wahlkampf am 30. Juli begonnen und dauert somit ganze drei Monate. Gleich in den ersten Tagen haben die sechs aussichtsreichsten Parteien ihre Wahlparteitage abgehalten; insgesamt stellen sich 22 Parteien über Parteilisten zur Wahl. Im dritten Kapitel des vorliegenden Wahlhandbuchs stellen wir ausführlich diese sechs Parteien mit ihren Spitzenkandidaten sowie einige aussichtsreiche unabhängige Direktkandidaten vor. Bei den Parteien handelt es sich um die derzeitige Regierungspartei „Partija regioniv“ (Partei der Regionen), die Vereinigte Opposition „Batkivschschyna“ (Vaterland), die Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR), die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), die rechtsnationale Partei „Swoboda“ (Freiheit), sowie die erst im Frühjahr dieses Jahres gegründete „Ukraina-vpered!“ (Ukraine-vorwärts!). Unsere Aufstellung erfolgte in der Reihenfolge gemäß den Umfragen des Razumkov Zentrums und der Stiftung für demokratische Initiativen vom 28. August, welche die Vereinigte Opposition mit 25 Prozent an zweiter Stelle und die Parteien „Swoboda“ und „Ukraina-vpered“ unter fünf Prozent sieht. Die Partei der Regionen liegt zu diesem Zeitpunkt bei 28 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich die Umfrage nicht auf die Gesamtbevölkerung bezieht, sondern nur auf diejenigen Wähler, die ihre Entscheidung für den Wahltag bereits getroffen haben. Die erst vor zwei Jahren gegründete UDAR von Vitali Klitschko gewinnt mit neuen Gesichtern, innerparteilicher Transparenz und einem populären Spitzenkandidaten kontinuierlich an Zuspruch und liegt Ende August stabil bei über zehn Prozent. Die Kommunistische Partei erhält derzeit 8 Prozent Zustimmung. Wir führen in unserer Aufstellung auch die Partei „Nascha Ukraina“ des früheren Präsidenten Juschtschenko an; mittlerweile ist sie allerdings bedeutungslos geworden.

Im zweiten Kapitel des Wahlhandbuchs stellen wir das neue Wahlgesetz vom 17. November 2011 vor und erläutern einige der wichtigsten Neuerungen, wie etwa die Wiedereinführung des gemischten Wahlsystems, die Festlegung auf die Fünf-Prozent-Hürde zum Einzug von Parteien ins Parlament sowie das Verbot von Wahlblöcken. Der gelungene Zusammenschluss von sieben Parteien zur Vereinigten Opposition ist dieses Mal entsprechend den Anforderungen des neuen Gesetzes kein Wahlblock, sondern eine Parteiliste, die den Namen der größten in ihr vertretenen Partei „Batkivschschyna“ trägt. Die Wahlkampfprogramme aller Parteien konzentrieren sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und den Kampf gegen Korruption; die Annäherung an Europa findet dagegen höchstens am Rande Erwähnung. Umfragen haben immer wieder gezeigt, dass die anhaltende wirtschaftliche Schwäche des Landes, die schlechte Gesundheitsvorsorge und die allgegenwärtige Korruption die Menschen weit mehr bewegen als beispielsweise die in den letzten Wochen politisch instrumentalisierte Sprachenfrage, da im Alltag ohnehin weitestgehend sowohl Russisch als auch Ukrainisch gesprochen wird. Dennoch hatte Präsident Janukowytsch rechtzeitig zum Auftakt des Wahlkampfes das Gesetz unterzeichnet, das als Zugeständnis an die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung in den Wahlhochburgen der Partei der Regionen im Osten und Süden des Landes gedacht war, da es erlaubt, das Russische neben dem Ukrainischen zur amtlich anerkannten Regionalsprache zu machen.

Umfragen zeigen auf der anderen Seite auch, dass die Bevölkerung immer weniger Anstoß am Missbrauch der Justiz und an der Verletzung von Menschenrechten nimmt: Nur knapp 20 Prozent fordern ein Ende der Repressionen gegen die Opposition. Die Empörung über den Ausschluss Julia Tymoschenkos als Spitzenkandidatin von „Batkivschschyna“ durch die Wahlkommission fiel daher auch sehr verhalten aus. Allerdings wird das Thema den Wahlkampf weiter begleiten, zumal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Ende August über den Antrag der Opposition verhandeln wird, der das Urteil gegen Julia Tymoschenko als politisch motiviert ansieht.

Immer wieder wird in den letzten Wochen und Monaten von offiziellen Stellen in der Ukraine betont, wie wichtig die Durchführung freier und fairer Wahlen sei. Die Akkreditierung zahlreicher ausländischer Beobachter für die Langzeitbeobachtung ebenso wie für den Wahltag selbst sei kein Problem. Ferner soll die noch Anfang Juli beschlossene Installation von Kameras in allen Wahllokalen nach westlichem Vorbild für Transparenz sorgen. Kritische Beobachter wie OPORA und KWU (Wählerkomitee der Ukraine) weisen dagegen in sehr detaillierten Berichten über die bereits im Vorwahlkampf aufgetretenen Manipulationen, wie die Bestechung von Wählern mit Wahlgeschenken und die überragende Präsenz der Partei der Regionen in den Medien, hin. Sie und andere Wahlbeobachter warnen eindringlich vor bestimmten Methoden der Wahlfälschung am Wahltag und weisen gleichermaßen darauf hin, dass auch noch nach den Wahlen die Gefahr besteht, insbesondere Direktkandidaten zur Mehrheitsbeschaffung zu „kaufen“. Über die Realität im ukrainischen Wahlkampf berichten wir daher ausführlich im vierten Kapitel.

Der Druck auf unabhängige Medien ist nochmals gewachsen: Am 12. Juli wurde dem Fernsehsender TVi wegen angeblicher Steuerhinterziehung die Kabelfrequenz entzogen; das Verfahren gegen den einzigen noch verbliebenen ukraineweiten unabhängigen Fernsehsender wurde erst Wochen später eingestellt. Die Chefredakteurin der Online-Zeitung „Levyj Bereg“ (Linkes Ufer, [www.lb.ua](http://www.lb.ua)) musste Ende Juni die Ukraine verlassen, da ihr nach einer Recherche über den Sohn eines Abgeordneten der Partei der Regionen Strafverfolgung angedroht worden war.

Um beurteilen zu können, ob die Wahlen frei und fair verlaufen, ist es unabdingbar, dass viele ausländische Wahlbeobachter am Wahltag in die Ukraine kommen. Von der Einschätzung der Wahl wird abhängen, wie sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union zukünftig entwickeln werden. Hierbei wird allerdings auch zu berücksichtigen sein, dass die Spitzenkandidatin der Vereinigten Opposition im Gefängnis trotz massiven Protests aus der EU bereits mit einem dritten Verfahren konfrontiert wird.

## 2. DAS UKRAINISCHE WAHLSYSTEM

### Das ukrainische Wahlgesetz im Wandel

Die Gesetzgebung zur Wahl des ukrainischen Parlaments wurde seit der Unabhängigkeit des Landes viermal geändert. Hinzu kamen über 30 weitere Verordnungen, die den Inhalt des jeweils gültigen Wahlgesetzes modifizierten. Nach der Unabhängigkeit 1991 wählte das ukrainische Volk seine Abgeordneten zunächst nach dem Mehrheitswahlrecht. Im Jahre 1997 ging das Land dann zum gemischten Wahlrecht über, um die Volksvertreter ab dem Jahr 2006 nach dem Verhältniswahlrecht zu bestimmen.

Im Vorfeld der diesjährigen Parlamentswahlen wurde ein weiteres Mal ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Bereits 2009 begannen Arbeitsgruppen des ukrainischen Parlaments damit, eine neue gesetzliche Grundlage für die nächsten Wahlen zu erarbeiten: Das Ziel dieser Bemühungen war es, das ukrainische Wahlsystem der demokratischen Norm anderer europäischer Staaten anzugleichen. Das Gremium, welches mit dieser Aufgabe betraut wurde, setzte sich zunächst nur aus Abgeordneten der regierungsnahen Parteien, sowie Experten aus Wissenschaft und der Zentralen Wahlkommission zusammen, wurde aber nach Protesten um oppositionelle Abgeordnete und Vertreter aus NGOs erweitert. In ihrer finalen Zusammensetzung tagte die Gruppe jedoch nur noch zweimal, bis der Gesetzesentwurf dem Parlament im Herbst 2011 vorgelegt wurde. Auch die Verabschiedung des Gesetzes verlief im Eilverfahren: Zwar wurde noch eine Kommission eingerichtet, die den Entwurf weiter bearbeiten sollte; diese legte ihn dem Parlament allerdings nahezu unverändert wieder zur Abstimmung vor.

Eine breite Mehrheit aus Regierungs- und Oppositionsparteien verabschiedete das neue Wahlgesetz schließlich am 17. November 2011. Mit diesem neuen Wahlgesetz, das am 5. April 2012 in Kraft trat, kehrt das Land nun zum gemischten Wahlsystem zurück. Insgesamt sind in der Werchowna Rada 450 Sitze zu vergeben: 225 über Direktmandate nach dem Mehrheitswahlrecht sowie 225 über geschlossene Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht. Während bei früheren Wahlen eine Beteiligung von mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich war, wurde diese Regelung mit dem neuen Wahlgesetz abgeschafft.

### **Direktwahlkreise**

Die Grenzen der 225 Direktwahlkreise (Anm.: Im Ukrainischen benutzt man den Ausdruck Einerwahlkreise) werden durch die Zentrale Wahlkommission festgelegt. Diese muss bei der Einteilung der Wahlkreise darauf achten, dass die Anzahl der wahlberechtigten Bürger in einem Wahlkreis die durchschnittliche Anzahl der Wahlberechtigten in allen Wahlkreisen nicht um mehr als zwölf Prozent über- oder unterschreitet; die Zahlen hierfür liefert das Staatliche Wählerregister. Die genauen Grenzen der Wahlkreise werden spätestens 175 Tage vor der Wahl von der Zentralen Wahlkommission veröffentlicht. In den Direktwahlkreisen können sowohl von einer politischen Partei aufgestellte als auch unabhängige Kandidaten zur Wahl antreten. Entsprechend dem Mehrheitswahlrecht gewinnt den Wahlkreis jeweils derjenige Kandidat, der die relative Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Erreichen in einem Wahlkreis die beiden bestplatzierten Direktkandidaten das gleiche Ergebnis, findet eine Stichwahl statt, nach der sich entscheidet, welcher der beiden Kandidaten den Wahlkreis im Parlament vertreten darf. Nach dem neuen Gesetz ist es nicht mehr möglich, als Direktkandidat und über eine Parteiliste zugleich anzutreten.

### **Nationaler Einheitswahlkreis**

Das neue Wahlgesetz bringt auch bezüglich des nationalen Einheitswahlkreises (Anm.: auch Mehrmandatswahlkreis genannt) einige Neuerungen mit sich: Zum einen erhöht sich die Sperrklausel, die Parteien überwinden müssen, von drei auf fünf Prozent. Zum anderen untersagt es den Zusammenschluss mehrerer politischer Parteien zu einem Wahlblock. Somit muss jede Partei im nationalen Einheitswahlkreis mit einer eigenen Kandidatenliste antreten.

### **Wahlkommissionen**

Zu den Wahlkommissionen gehören in die Zentrale Wahlkommission auf nationaler Ebene, sowie die Wahlkreiskommissionen und die Wahlbezirksausschüsse auf Ebene des Wahlkreises bzw. des Wahlbezirks. Ihre gemeinsame Aufgabe ist es, die Vorbereitung und Durchführung der Parlamentswahl zu organisieren, sowie die Einhaltung des ukrainischen Wahlgesetzes zu sichern. Die Zentrale Wahlkommission bildet bis spätestens 62 Tage vor dem Wahltag Wahlkreiskommissionen. Parlamentsfraktionen sowie weitere politische Parteien, die an den Wahlen teilnehmen, können sich um Positionen in den Wahlkreiskommissionen bewerben. Die Ämter der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der Sekretäre der einzelnen Wahlbezirkskommissionen werden dabei von verschiedenen Parteien besetzt. Spätestens 31 Tage vor der Parlamentswahl bildet die jeweilige Wahlkreiskommission die Wahlbezirksausschüsse.

### **Wählerlisten**

Diejenigen Bürger der Ukraine, die am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, sind in den Wählerlisten des Landes erfasst. Sie werden gemäß ihrem ständigen Wohnsitz den einzelnen Wahllokalen zugeteilt; die entsprechenden Angaben sind im staatlichen Wählerregister zu finden. Möchte ein Wähler an einem anderen Ort abstimmen, so wird dies auf der Wählerliste vermerkt, zusammen mit einer Bescheinigungsnummer und der Behörde, die diese Genehmigung ausgestellt hat. Der Wähler hat das Recht, die Wählerliste einzusehen, um die Angaben zu seiner Person zu überprüfen.

### **Aufstellung und Registrierung der Wahlkandidaten**

Die Parteien dürfen vom 90. bis zum 79. Tag vor dem Wahltermin ihre Kandidaten aufstellen. Auf einem Parteitag oder einer anderen Versammlung – je nach Vorgabe des Parteistatuts – werden die Kandidaten für die Direktwahlkreise und für die national einheitlichen Listen zusammengestellt und bestätigt. Zur Wahl können sich sowohl Parteimitglieder als auch unabhängige Kandidaten stellen. Alle notwendigen Unterlagen für eine Kandidatur müssen bis spätestens 75 Tage vor dem Wahltermin bei der Zentralen Wahlkommission eingereicht werden. Zu diesen Unterlagen gehören unter anderem eine schriftliche Erklärung über die Einkünfte, das Vermögen und den Besitz des Kandidaten, sowie die Hinterlegung einer Kautions bei der Zentralen Wahlkommission. Die Höhe der Kautions entspricht zwölf Mindestgehältern pro Kandidat, der im Direktwahlkreis antritt (rund 13.000 UAH, entspricht ungefähr 1.300 EUR) bzw. 2.000 Mindestgehältern für Parteien, die eine Liste mit Kandidaten für den nationalen Mehrmandatswahlkreis registrieren wollen (etwa 2,2 Millionen UAH, entspricht rund 216.000 EUR). Die hinterlegte Summe wird nach der Wahl an die Partei bzw. den unabhängigen Kandidaten zurückgezahlt, sofern die Partei an der Verteilung der Parlamentssitze teilnehmen darf bzw. der Kandidat seinen Direktwahlkreis gewonnen hat. Andernfalls wird das Geld in den ukrainischen Staatshaushalt transferiert.

Nach Einreichen der Registrierungsunterlagen entscheidet die Zentrale Wahlkommission innerhalb von fünf Tagen über die Annahme oder Ablehnung der Kandidaten. Wurde die Kandidatenliste bestätigt, dürfen die Parteien keinerlei Änderungen mehr vornehmen.

### **Berichterstattung und Wahlkampf in den Medien**

Die Medien haben den Auftrag, über alle Parteien, Kandidaten und Ereignisse, die mit den Wahlen in Zusammenhang stehen, ausgewogen zu berichten. Medien, die einer Partei Sendezeit bzw. Druckfläche zur Verfügung stellen, dürfen dies einer anderen Partei unter gleichen Bedingungen nicht verweigern. Eine Verweigerung vonseiten der Medien ist nur dann legitim, wenn die Partei zur Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates aufruft; Krieg und Gewalt propagiert oder wenn sie gegen ethnische, nationale oder religiöse Minderheiten hetzt.

Laut Wahlgesetz ist es den Medien verboten, Wahlwerbung politischer Parteien neben kommerzieller oder sozialer Werbung anzuordnen. Ferner ist es nicht gestattet, Ergebnisse wahlbezogener Meinungsumfragen in den letzten zehn Tagen vor dem Wahltermin zu veröffentlichen. Der Wahlkampf endet am letzten Freitag vor der Wahl um 24 Uhr; Werbung für Parteien ist zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zulässig.

### **Wahlkampffinanzierung**

Der Wahlkampf wird aus dem Staatshaushalt der Ukraine und aus den Wahlfonds der Parteien selbst finanziert. Je nach Wahlergebnis bei den letzten Parlamentswahlen, steht jeder Partei eine gewisse Summe an staatlicher Hilfe zu, mit der sie ihre Wahlwerbung finanzieren soll. Diese Gelder decken jedoch nur einen sehr kleinen Teil der Wahlkampfkosten, und auch die Mitgliederbeiträge stellen lediglich einen marginalen Betrag dar. Da es den Kandidaten nicht erlaubt ist, eigene Mittel oder Gelder aus Wählerinitiativen für ihre Kampagnen zu verwenden, befinden sich die Parteien in starker Abhängigkeit von weiteren Spendern. Zwar ist eine maximale Höhe solcher Spenden gesetzlich festgelegt, doch gestaltet sich die Kontrolle dieser Auflage als schwierig, denn die Parteien sind nicht dazu verpflichtet, ihre genauen Einnahmequellen in vollem Umfang offenzulegen. De facto besteht also nur in die staatlichen Zuschüsse der Parteien Einsicht. Der größere Teil des Wahlkampfbudgets, welches von Sponsoren aus Wirtschaft und Industrie stammt, entzieht sich einer expliziten Kontrolle. Dieses Faktum wird von internationalen Beobachtern kritisch betrachtet, denn Großspender erwarten sich von den Parteien schließlich Gegenleistungen – etwa in Form von Gesetzen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.



## **Abstimmung und Veröffentlichung der Wahlergebnisse**

Am Tag der Abstimmung sind alle Wahllokale von 8 bis 20 Uhr ununterbrochen geöffnet. Jedes Wahllokal hat am Wahltag für die Abstimmung im nationalen Wahlkreis und im Direktwahlkreis 0,5% mehr Stimmzettel vorrätig, als es Wähler umfasst. Außerdem werden entweder im Abstimmungsraum selbst oder unmittelbar davor Plakate angebracht, die das Abstimmungsverfahren und das Wahlgesetz erläutern, sowie für etwaige Verstöße dagegen sensibilisieren sollen. Auch Informationen über die zur Wahl stehenden Parteilisten und die Kandidaten des jeweiligen Direktwahlkreises werden dort angeschlagen sein. Gab es früher die Möglichkeit, das Feld „gegen alle“ auf dem Wahlzettel anzukreuzen, wurde dies durch das neue Wahlgesetz abgeschafft.

Nach der Auszählung der Stimmen erstellen die Wahlbezirksausschüsse hierüber Protokolle. Kopien dieser Protokolle werden auf Anfrage an die Kandidaten, ihre Vertrauenspersonen, bevollmächtigte Parteivertreter und an offizielle Beobachter ausgegeben, die der Stimmauszählung beigewohnt haben.

Der Transport der Wahlunterlagen wird durch Mitglieder des Wahlbezirksausschusses gesichert, der aus Vertretern verschiedener Parteien besteht – darunter sind auch Mitglieder der in dem jeweiligen Wahllokal bestplatzierten Parteien. Begleitet werden sie von einem Beamten der Behörde für Inneres. Auch weiteren Mitgliedern des Wahlbezirksausschusses, den Wahlkandidaten, deren Vertrauenspersonen, bevollmächtigten Parteivertretern und offiziellen Wahlbeobachtern ist es erlaubt, den Transport der Wahlunterlagen zu begleiten.

Gleich nach Schließung der Wahllokale findet sich die Wahlkreiskommission zu einer Sitzung zusammen, die solange fort dauert, bis die Ergebnisse ausgezählt wurden. Sie erstellt Protokolle mit den Abstimmungsergebnissen und leitet diese anschließend an die Zentrale Wahlkommission weiter.

Zur Beobachtung des gesamten Wahlvorgangs werden offizielle Beobachter aus dem Ausland und von internationalen Organisationen zugelassen, wenn diese spätestens sieben Tage vor der Wahl bei der Zentralen Wahlkommission registriert wurden. Spätestens am fünften Tag nach Auszählung der Stimmen veröffentlicht die Zentrale Wahlkommission das offizielle Wahlergebnis in den Zeitungen „Holos Ukrajiny“ (Die Stimme der Ukraine) und „Urjadowy Kurjer“ (Regierungskurier).

## **Beschwerden**

Alle Wahlsubjekte können bei der Wahlkommission gegen Entscheidungen oder Handlungen bezüglich des Wahlprozesses schriftlich Beschwerde einlegen. Zu den Wahlsubjekten gehören registrierte Wahlkandidaten, die am Wahlprozess beteiligten Parteien (durch ihren Parteivorsitzenden), Parteivertreter in der Zentralen Wahlkommission, Bevollmächtigte einer Partei, Vertraute eines Wahlkandidaten, offizielle Wahlbeobachter, Wahlkommissionen sowie Wähler, die sich in ihren persönlichen Rechten im Wahlprozess verletzt sahen.

Beschwerden, die sich auf Unregelmäßigkeiten vor dem Wahltag beziehen, werden bis 22 Uhr des letzten Tages vor der Wahl entgegengenommen. Beschwerden über Gesetzesverstöße während der Abstimmung müssen bis zur Schließung der Wahllokale beim jeweils betroffenen Wahlbezirksausschuss vorgebracht werden. Eine Beschwerde gegen Entscheidungen oder Handlungen eines Wahlbezirksausschusses während der Stimmauszählung kann innerhalb von zwei Tagen eingereicht werden.

### 3. VORSTELLUNG VON PARTEIEN UND DIREKTKANDIDATEN

#### 3.1. Partei der Regionen

**Gründung:** November 1997  
**Homepage:** [www.partyofregions.org.ua](http://www.partyofregions.org.ua)  
**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 176  
**Parteivorsitzender:** Mykola Asarow



Die Partei der Regionen wurde 1997 unter dem Namen „Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine“ gegründet. Offiziell registriert wurde sie erst im Jahre 2000 und gab sich nach der Fusion mit vier weiteren Parteien ein Jahr später ihren heutigen Namen. Derzeit stellt die Partei der Regionen mit Wiktor Janukowytsch und Mykola Asarow sowohl den Präsidenten als auch den Premierminister der Ukraine. Während sich die Partei in den überwiegend russischsprachigen Regionen der Ukraine im Süden und Osten des Landes großer Popularität erfreut, findet sie in der Westukraine nur wenig Zuspruch. In den Wahlen des Jahres 2007 wurde sie mit 34,7% dennoch die stärkste politische Kraft des Landes.

Die Partei der Regionen pflegt enge Verbindungen zu der russischen Regierungspartei Einiges Russland. Nichtsdestotrotz formulierte die Partei der Regionen den Beitritt der Ukraine in die Europäische Union in ihrem Parteiprogramm als politisches Ziel.



**Mykola Asarow (geboren 1947 in Kaluga, Russland) Platz 1:** Asarow habilitierte im Jahre 1991 zum Professor der Geologie und Mineralogie und ist seit 1995 Abgeordneter der Werchowna Rada. Seit März 2010 ist Asarow Premierminister, nachdem er das Amt bereits von Dezember 2004 bis Januar 2005 kommissarisch führte. Er fungierte bereits mehrfach als Erster Vizepremier sowie als Finanzminister. Seit 2010 ist er Parteivorsitzender der Partei der Regionen und löste damit Wiktor Janukowytsch ab.



**Tajisija Powalij (geboren 1964 in Shamraivka, Oblast Kiew) Platz 2:** Powalij ist eine ukrainische Popsängerin und wurde für ihr musikalisches Werk mehrfach ausgezeichnet.



**Serhij Tihipko (geboren 1960 in Drăgănești, Republik Moldau) Platz 3:** Im Jahre 1999 wurde Tihipko zum Wirtschaftsminister berufen. Im Anschluss daran arbeitete er wie schon vor Beginn seiner politischen Karriere im Bankensektor; von 2002 bis 2004 war er Präsident der ukrainischen Nationalbank. Seit 2010 ist er Vizepremier der Ukraine und als Minister für den Bereich Sozialpolitik verantwortlich. Im März 2012 ging seine Partei „Starke Ukraine“ in der Partei der Regionen auf. Heute hat Tihipko das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden der Partei der Regionen inne.



**Andrij Klujew (geboren 1964 in Donezk) Platz 4:** Seit den 1990er Jahren ist Klujew politisch aktiv und war unter anderem stellvertretender Gouverneur der Region Donezk. Von 2010 bis 2012 war er Erster Stellvertretender Premierminister sowie Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel. Seit Februar 2012 ist er Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine.



**Oleksandr Jefremow (geboren 1954 in Luhansk) Platz 5:** Er ist stellvertretender Parteivorsitzender und seit 2010 zudem Vorsitzender der Fraktion der Partei der Regionen in der Werchowna Rada. Früher arbeitete Jefremow als Maschinenbauingenieur und ist seit 1980 politisch aktiv: zunächst auf regionaler Ebene in Luhansk, seit 2006 im nationalen Parlament.



**Irina Akimowa (geboren 1960 in Charkiw) Platz 6:** Die Volkswirtin war unter anderem als Direktorin des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung in Kiew und als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Magdeburg tätig. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007 wurde sie in die Werchowna Rada gewählt und leitete dort den Ausschuss für Wirtschaftspolitik. Seit 2010 ist Akimowa Erste Stellvertretende Leiterin der Präsidentialadministration.



**Wolodymyr Bojko (geboren 1938 in Mariupol, Oblast Donezk) Platz 7:** Von 2002 bis 2007 war Bojko Abgeordneter in der Werchowna Rada: zunächst für den Wahlblock „Für eine einige Ukraine“, später zog er über die Liste der „Sozialistischen Partei der Ukraine“ ins Parlament ein.



**Borys Kolesnikow (geboren 1962 in Mariupol, Oblast Donezk) Platz 8:** Vor seiner politischen Karriere war Kolesnikow in Industrieunternehmen tätig. 1998 wurde er in Donezk in den Regionalrat gewählt, dessen Vorsitzender er im Jahre 2000 wurde. In die Werchowna Rada zog er erstmalig 2006 ein. Aktuell ist er Vize-Premierminister der Ukraine und Minister für Infrastruktur; im Rahmen dieses Amtes war er mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft 2012 betraut.



**Leonid Kozhara (geboren 1963 in Poltawa) Platz 9:** Kozhara war von 2002 bis 2004 Botschafter der Ukraine in Schweden und leitete im Anschluss die Abteilung für Auswärtige Politik in der Präsidentialverwaltung. Im Jahre 2006 wurde er zum ersten Mal in die Werchowna Rada gewählt. Kozhara ist stellvertretender Parteivorsitzender mit dem Spezialgebiet Außenpolitik.



**Wolodymyr Rybak (geboren 1946 in Donezk) Platz 10:** Rybak studierte Bauingenieurwesen und promovierte im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Er war im Donezker Stadtrat tätig, bis er im Jahre 2006 als Minister in die nationale Regierung kam. Von März bis Dezember 2007 war er Vize-Premierminister der Ukraine. Seit 2010 ist er erster stellvertretender Parteivorsitzender der Partei der Regionen.

### 3.2. Vereinigte Opposition „Batkiwschtschyna“

Das neue Wahlgesetz, das im November 2011 auf Initiative der Partei der Regionen mit breiter Unterstützung in der Werchowna Rada verabschiedet wurde, nimmt den ukrainischen Parteien die Möglichkeit, sich vor Parlamentswahlen zu sogenannten Wahlblöcken zusammenzuschließen. Solche Vereinigungen waren bislang durchaus üblich, wenn die vielen kleinen Parteien ihr Wählerpotenzial bündeln wollten, um die Sperrklausel leichter zu überspringen.

Auf Grund dieses Verbotes waren die Oppositionsparteien diesmal gezwungen, sich für die Parlamentswahlen im Oktober 2012 unter dem Namen einer Partei zu vereinigen. Nach einem mehrere Monate währenden Verhandlungsprozess einigte man sich darauf, sich auf der Grundlage der größten Oppositionspartei „Batkiwschtschyna“ (Vaterland) zur Vereinigten Opposition zusammenzuschließen. Arsenij Jazenjuk, dem als Parteivorsitzender der Partei „Front Smin“ das Amt des Vorsitzenden des Parteirats der Vereinigten Opposition übertragen wurde, verkündete am 4. Juli 2012 die Vollendung des Vereinigungsprozesses: Insgesamt schlossen sich im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 sieben Parteien zur Vereinigten Opposition „Batkiwschtschyna“ zusammen. Neben der Partei „Batkiwschtschyna“ selbst, gehören hierzu seit Mai 2012 die Parteien „Front Smin“ (Front des Wandels), „Narodna Samooborona“ (Nationale Selbstverteidigung), „Reformy i Porjadok“ (Reformen und Ordnung), „Sa Ukrainu!“ (Für die Ukraine!) sowie „Narodnyj Ruch Ukrainy“ (Volksbewegung der Ukraine). Als letzte Partei kam im Juni 2012 die Partei „Hromadianska Posizija“ (Bürgerposition) von Anatolij Hryzenko hinzu. Um auf der gemeinsamen Parteiliste von „Batkiwschtschyna“ antreten zu können, müssen die Kandidaten der sechs anderen Parteien die Mitgliedschaft in ihrer ursprünglichen Partei vorerst ruhen lassen und in den Parlamentswahlen 2012 als parteiloser Kandidat für die Vereinigte Opposition „Batkiwschtschyna“ antreten. Diese sechs Parteien werden dadurch jedoch nicht aufgelöst.

Obwohl die Partei „Swoboda“ nicht Teil der Vereinigten Opposition ist, kooperieren die beiden Parteien insofern, als dass sie die 225 Direktwahlkreise unter sich aufgeteilt haben, damit ihre Kandidaten nicht um den Einzug ins Parlament konkurrieren. So erklärt sich, warum die Vereinigte Opposition lediglich 190 Direktkandidaten in die Wahl schickt: In den übrigen 35 Wahlkreisen treten Kandidaten von „Swoboda“ an. Auch mit der Partei UDAR von Vitali Klitschko verhandelte die Vereinigte Opposition über eine Zusammenarbeit bzw. einen Beitritt von UDAR zur Vereinigten Opposition. Diese Gespräche führten jedoch zu keiner Kooperation zwischen den beiden Oppositionsparteien. UDAR benannte 223 eigene Kandidaten für die Wahlkreise und stellte auch eine eigene Parteiliste zusammen.

Da sowohl Julia Tymoschenko – Vorsitzende von „Batkiwschtschyna“ – als auch Juri Luzenko – Vorsitzender von „Narodna Samooborona“ – zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weigerte sich die Zentrale Wahlkommission, die Kandidatur der beiden Spitzenpolitiker auf der gemeinsamen Parteiliste der Vereinigten Opposition anzuerkennen. Die Positionen eins (Tymoschenko) und fünf (Luzenko) der Liste bleiben somit unbesetzt.

### 3.2.1. „BATKIWSCHTSCHYNA“

**Gründung:** September 1999  
**Homepage:** [www.byut.com.ua](http://www.byut.com.ua)  
**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 109  
**Parteivorsitzende:** Julia Tymoschenko



Die Partei „Batkiwschtschyna“ wurde 1999 von Julia Tymoschenko und Oleksandr Turtschynow gegründet, die beide zuvor der Partei „Hromada“ angehörten. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2007 trat „Batkiwschtschyna“ zusammen mit anderen Parteien als Block Julia Tymoschenko (BJuT) an und erlangte mit über 30% der Stimmen den zweiten Platz, hinter der Partei der Regionen. Heute ist „Batkiwschtschyna“ die wichtigste Kraft der parlamentarischen Opposition. Im Jahr 2008 wurde ihr zudem innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) der Beobachterstatus zugesprochen.



**Julia Tymoschenko (geboren 1960 in Dnipropetrowsk) Platz 1:** Seit Gründung der Partei ist Tymoschenko deren Vorsitzende und belegt den ersten Platz der gemeinsamen Parteiliste der Vereinigten Opposition. Sie war im Jahre 2005 und ein weiteres Mal von 2007 bis 2010 Premierministerin der Ukraine. Nachdem Tymoschenko 2011 des Amtsmissbrauchs während ihrer Zeit als Premierministerin beschuldigt wurde, befindet sie sich in Haft.



**Oleksandr Turtschynow (geboren 1964 in Dnipropetrowsk) Platz 4:** 1998 wurde Turtschynow erstmals als Abgeordneter ins ukrainische Parlament gewählt, wo er unter anderem als Vorsitzender des Haushaltsausschusses tätig war. Während der Orangen Revolution 2004 agierte er als einer der führenden Politiker. Von 2007 bis 2010 hatte er das Amt des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten unter Julia Tymoschenko inne.



**Hrihorij Nemyrja (geboren 1960 in Donezk) Platz 7:** Der Historiker zog im Jahre 2007 als Abgeordneter ins ukrainische Parlament ein. Während seiner politischen Karriere beschäftigte er sich bisher vornehmlich mit außenpolitischen Themen: Von 2007 bis 2010 wurde er als stellvertretenden Ministerpräsident mit dem europäischen Integrationsprozess der Ukraine betraut.



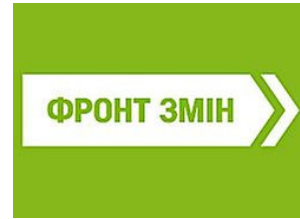
**Mykola Tomenko (geboren 1964 in Mali Kaniwzi, Oblast Tscherkassy) Platz 10:** Nach den Parlamentswahlen von 2002 und 2006 zog Tomenko in die Werchowna Rada ein, deren Vize-Präsident er von Februar bis Juni 2007 war. In der Regierung Tymoschenko hatte Tomenko das Amt des Vize-Premiers für humanitäre Angelegenheiten inne. Außerdem fungierte er als Vorsitzender des Ausschusses für Redefreiheit und Massenmedien. Am 4. Juli dieses Jahres gab er seinen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden bekannt, aus Protest gegen das verabschiedete Sprachengesetz.

### 3.2.2. „FRONT SMIN“

**Gründung:** Juni 2007

**Homepage:** [www.frontzmin.ua](http://www.frontzmin.ua)

**Parteivorsitzender:** Arsenij Jazenjuk



„Front Smin“ (Front des Wandels) wurde 2007 unter dem Namen „Nationale Arbeitspartei“ gegründet. Im Jahr darauf benannte sich die Partei in „Demokratische Front“ um, bis sie sich im Oktober 2009 schließlich ihren heutigen Namen gab. Die Partei um Arsenij Jazenjuk tritt in diesem Jahr zum ersten Mal – als Mitglied der Vereinigten Opposition – bei Parlamentswahlen an.



**Arsenij Jazenjuk (geboren 1974 in Tscherniwzi) Platz 2:** Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler war unter anderem als stellvertretender Leiter der Ukrainischen Nationalbank tätig, bis er seine politische Karriere als Wirtschaftsminister der Autonomen Republik Krim begann. Der Parteivorsitzende von „Front Smin“ war bereits Wirtschafts- und Außenminister der Ukraine sowie Parlamentspräsident und hat derzeit den Vorsitz des Parteirats der Vereinigten Opposition inne.

### 3.2.3. „HROMADJANSKA POSYZIJA“

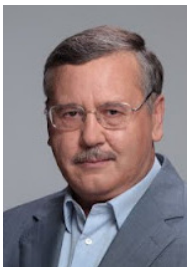
**Gründung:** März 2005

**Homepage:** [www.poryadok.org.ua](http://www.poryadok.org.ua)

**Parteivorsitzender:** Anatolij Hryzenko



Die Vorgängerpartei „Mohutnja Ukraina“ (Mächtige Ukraine) wurde im März 2005 gegründet und im Februar 2010 in „Hromadjanska Posyzija“ (Bürgerposition) umbenannt. Im Juni 2012 vereinigte sich „Hromadjanska Posyzija“ mit der Partei „Batkiwschtschyna“, um als Vereinigte Opposition mit einer gemeinsamen Kandidatenliste für die Parlamentswahl anzutreten.



**Anatolij Hryzenko (geboren 1957 in Tscherkassy) Platz 3:** Von 2005 bis 2007 hatte Hryzenko das Amt des Verteidigungsministers inne. Als Mitglied des Blocks „Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“ wurde er 2007 in die Werchowna Rada gewählt, wo er Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung war. Bei den letzten Parlamentswahlen trat er für den Block „Nascha Ukraina“ als unabhängiger Kandidat an.

### 3.2.4. „NARODNA SAMOOBORONA“

**Gründung:** Januar 2007

**Homepage:** [www.nso.org.ua](http://www.nso.org.ua)

**Parteivorsitzender:** Jurij Luzenko



Im Januar 2007 gründete Jurij Luzenko die Partei „Narodna Samooborona“ (Nationale Selbstverteidigung) und entschied kurze Zeit später, sie mit der politischen Partei „Vpered Ukrajino“ – gegründet im Jahre 1999 – zu vereinen. Die offizielle Umbenennung in „Nationale Selbstverteidigung“ wurde allerdings erst im April 2010 vorgenommen. Anlässlich der Parlamentswahlen des Jahres 2007 schlossen sich mehrere Parteien zum Wahlblock „Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung“ unter der Leitung von Jurij Luzenko zusammen.



**Jurij Luzenko (geboren 1964 in Riwne) Platz 5:** Von 2005 bis 2006 und von 2007 bis 2010 war der gelernte Elektroingenieur ukrainischer Innenminister. Im Jahre 2007 gründete er die Partei „Nationale Selbstverteidigung“ und ist seither ihr Vorsitzender. Da er seit 2010 inhaftiert ist, wurde seine Kandidatur von der Zentralen Wahlkommission – ähnlich wie im Fall Tymoschenkos – nicht anerkannt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stuft seine Verurteilung als politisch motiviert ein.

### 3.2.5. „SA UKRAINU!“

**Gründung:** Dezember 2009

**Homepage:** [www.zaukrainu.org](http://www.zaukrainu.org)

**Parteivorsitzender:** Wjatscheslaw Kyrylenko



Die Partei „Sa Ukrainu!“ (Für die Ukraine!) trat im Dezember 2009 die Nachfolge der im Jahre 2000 gegründeten „Partija sozialnoho sachystu“ (Partei für sozialen Schutz) an. Im Frühling 2012 schloss sich die Partei „Sa Ukrainu!“ der Vereinigten Opposition „Batkiwtschyna“ an.



**Wjatscheslaw Kyrylenko (geboren 1968 in Poliske, Oblast Kiew) Platz 6:** Seit 1998 ist Kyrylenko als Abgeordneter in der Werchowna Rada tätig. Er hatte von Februar bis September 2005 bereits das Amt des Ministers für Arbeit und Soziales inne. Zwei Jahre lang war Kyrylenko Vorsitzender der Partei „Nascha Ukraina“, bis er im Februar 2009 austrat und seit dem die Partei „Sa Ukrainu!“ leitet.

### 3.2.6. „REFORMY I PORJADOK“ (PRP)

**Gründung:** Oktober 1997

**Homepage:** [www.prp.org.ua](http://www.prp.org.ua)

**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 10

**Parteivorsitzende:** Serhij Sobolew



Die Partei „Reformy i Porjadok“ (Reformen und Ordnung) wurde im Jahr 1997 gegründet. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im September 2007 schloss sich die PRP dem Block Julia Tymoschenko (BJuT) an und zog daraufhin ins Parlament ein. Nachdem der ehemalige Vizepremierminister Viktor Pynsenyk lange Zeit das Amt des Parteivorsitzenden innehatte, wurde Serhij Soboljew im Februar 2010 zum Parteichef gewählt. In diesem Jahr tritt die PRP auf der gemeinsamen Liste der Vereinigten Opposition „Batkivschtschyna“ an.



**Serhij Sobolew (geboren 1961 in Kiew) Platz 8:** Sobolew arbeitete als Lehrer und machte einen weiteren Abschluss in Rechtswissenschaften, bevor er im Jahre 1990 als Abgeordneter in die Werchowna Rada gewählt wurde. Im Jahre 2002 zog Sobolew über die Parteiliste von „Nascha Ukraina“ in das ukrainische Parlament, 2007 als Mitglied des Blocks Julia Tymoschenko. Heute ist er der Parteivorsitzende von „Reformy i Porjadok“ und leitet in der Werchowna Rada innerhalb des Ausschusses für Rechtspflege den Unterausschuss für die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen, Selbstverwaltungsorganen, Unternehmen und Organisationen.

### 3.2.7. „NARODNYJ RUCH UKRAINY“ (NRU)

**Gründung:** Februar 1993

**Homepage:** [www.nru.org.ua](http://www.nru.org.ua)

**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 6

**Parteivorsitzende:** Borys Tarasjuk



Die „Narodnyj Ruch Ukrainy“ (Nationale Volksbewegung der Ukraine) entstand aus einer politischen Bewegung, die Ende der 1980er Jahre für einen unabhängigen ukrainischen Staat eintrat. 2007 trat sie bei den Parlamentswahlen als Teil des Blocks „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ an. Für die kommenden Wahlen schloss sich die NRU der Vereinigten Opposition an. Seit 2005 hat die „Narodnyj Ruch Ukrainy“ einen Beobachterstatus innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) inne.



**Borys Tarasjuk (geboren 1949 in Dserschynsk, Oblast Schytomyr) Platz 9:** Bevor er im Jahre 2002 in die Werchowna Rada gewählt wurde, arbeitete der Berufsdiplomat Tarasjuk in Auslandsvertretungen der Ukraine; unter anderem in New York und als Botschafter in den Benelux-Staaten. Ferner hatte Tarasjuk bereits drei Mal das Amt des ukrainischen Außenministers inne. Seit 2003 ist er Parteivorsitzender der „Narodnyj Ruch Ukrainy“.



### 3.3. Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR)

**Gründung:** Juli 2010

**Homepage:** [www.klichko.org](http://www.klichko.org)

**Parteivorsitzende:** Vitali Klitschko



In ihrer aktuellen Form wurde die Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR) 2010 von Vitali Klitschko gegründet. Während der Regionalwahlen im Herbst 2010 gewann UDAR landesweit rund 400 Abgeordnete in regionalen Parlamenten. Die Partei des Boxweltmeisters entschied im Vorfeld der Parlamentswahlen, sich nicht der Vereinigten Opposition anzuschließen, sondern tritt mit einer eigenen Kandidatenliste an.



**Vitali Klitschko (geboren 1971 in Belowodskoje, Kirgistan)**

**Platz 1:** Der mehrfache Boxweltmeister promovierte in Sportwissenschaften und schloss Anfang 2011 sein Studium an der National Academy of Public Administration der Ukraine mit einem Master ab. Seit 2006 ist Klitschko politisch aktiv: Er kandidierte sowohl für das nationale Parlament, als auch für das Amt des Bürgermeisters in Kiew. Seit April 2010 hat er den Vorsitz der Partei „UDAR“ (Schlag) inne und tritt nun als deren Spitzenkandidat an.



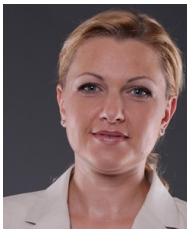
**Maria Matios (geboren 1959 in Roztoka, Oblast Tscherniwzi)**

**Platz 2:** Matios ist in der Ukraine in erster Linie als Journalistin und Schriftstellerin bekannt, deren Publikationen mehrfach ausgezeichnet wurden.



**Valentin Nalywajtschenko (geboren 1966 in Saporischschja)**

**Platz 3:** Nalywajtschenko arbeitete zunächst als Diplomat: Er war unter anderem Generalkonsul in den Vereinigten Staaten und Botschafter der Ukraine in Belarus. Bis März 2010 leitete er den ukrainischen Inlandsgeheimdienst (SBU).



**Oksana Prodan (geboren 1974 in Tscherniwzi) Platz 4:**

Die Unternehmerin ist derzeit Vorsitzende des Verbands Kleiner und Mittelständischer Unternehmen „Fortezia“. Politisch war Prodan unter anderem als stellvertretende Vorsitzende des Rates für außenpolitische Fragen beim Ministerkabinett der Ukraine tätig.



**Vitali Kowaltschuk (geboren 1969 in Kiew) Platz 5:**

Kowaltschuk studierte Rechtswissenschaften und begann seine politische Karriere im Jahre 2006 als Abgeordneter auf regionaler Ebene der Oblast Kiew. Derzeit ist er der stellvertretende Parteivorsitzende der Partei UDAR.

### 3.4. Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)

**Gründung:** Oktober 1993

**Homepage:** [www.kpu.net.ua](http://www.kpu.net.ua)

**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 27

**Parteivorsitzender:** Petro Symonenko



Die Kommunistische Partei der Ukraine sieht sich als Nachfolgepartei der 1918 gegründeten Kommunistischen Partei (der Bolschewiki) der Ukraine und wurde in ihrer heutigen Form im Jahre 1993 neu gegründet. Während die Partei in den 1990er Jahren mit rund 20 Prozent Zustimmung eine der stärksten Kräfte des Landes war, verlor sie seither stetig an Wählerzuspruch; bei der letzten Parlamentswahl 2007 konnte sie nur mehr 5,39% der Stimmen auf sich vereinigen. Über die größte Anhängerschaft verfügt die KPU im Süden und Osten des Landes.



**Petro Simonenko (geboren 1952 in Donezk) Platz 1:** Simonenko studierte Elektrotechnik, sowie später Verwaltungswissenschaft. Er ist bereits seit 1993 KPU-Parteivorsitzender und Abgeordneter der Werchowna Rada. In den Jahren 1999, 2004 und 2010 trat er zudem für die Kommunisten als Präsidentschaftskandidat an. Während er 1999 noch in die Stichwahl gegen Amtsinhaber Leonid Kutschma kam, erreichte er zuletzt weniger als fünf Prozent der Stimmen.



**Petro Tsybenko (geboren 1949 in Novoborovytsi, Oblast Luhansk) Platz 2:** Vor seiner Karriere in der Politik arbeitete Tsybenko als Lehrer für Geschichte und Sozialwissenschaften. Seit 1994 hat er einen Parlamentssitz in der Werchowna Rada inne und ist derzeit Vorsitzender des Ausschusses für Senioren, Kriegsveteranen und Behinderte.



**Irina Spirina (geboren 1959 in Potsdam) Platz 3:** Die habilitierte Medizinerin leitet die psychiatrische Abteilung der Staatlichen Medizinischen Akademie in Dnepropetrowsk. Hier steht sie auch dem Bezirksausschuss der Kommunistischen Partei vor.



**Spiridon Kilinkarow (geboren 1968 in Luhansk) Platz 4:** Kilinkarow studierte am Institut für Maschinenbau in Luhansk. Im Jahre 2001 trat er der Kommunistischen Partei bei und wurde sechs Jahre später in die Werchowna Rada gewählt. Kilinkarow ist derzeit Mitglied des Ausschusses für Europäische Integration.



**Olexandr Prisjaschnjuk (geboren 1986 in Schytomyr) Platz 5:** Prisjaschnjuk studierte Bergbauingenieurswesen und ist derzeit Mitglied des Parteipräsidiums der Kommunistischen Partei der Ukraine.

### 3.5. „Swoboda“

**Gründung:** Oktober 1995  
**Homepage:** [www.svoboda.org.ua](http://www.svoboda.org.ua)  
**Parteivorsitzender:** Oleh Tjahnybok



Die „Allukrainische Vereinigung Swoboda“ (Freiheit) ist eine nationalistische Partei, die am äußersten rechten Rand des ukrainischen Parteienspektrums zu verorten ist. Sie entstand aus studentischen Bruderschaften, lokalen nationalukrainischen Verbänden und Vereinigungen von Afghanistan-Veteranen. Die Grundvoraussetzung für einen Beitritt zur Partei ist die ethnische Zugehörigkeit zur ukrainischen Nation; außerdem wurden nach Angaben der parteieigenen Homepage bisher weder Atheisten noch ehemalige Mitglieder der KPdSU als Parteimitglieder zugelassen. „Swoboda“ gehört der Europäischen Allianz nationaler Bewegungen an, einer Vereinigung europäischer nationalistischer Parteien, der unter anderem die französische Front National und die British National Party angehören. Bei den letzten Parlamentswahlen verfehlte sie mit 0,76% der Stimmen den Einzug in die Werchowna Rada sehr deutlich. Den höchsten Anteil erreichte die Partei in den Regionen Iwano-Frankiwsk und Ternopil mit jeweils rund 3,5 Prozent.



**Oleh Tjahnybok (geboren 1968 in Lwiw) Platz 1:** Tjahnybok studierte Medizin und Rechtswissenschaften und war schon während seines Studiums politisch aktiv. 1994 wurde er in das Regionalparlament der Oblast Lwiw gewählt, von 1998 bis 2006 war er Abgeordneter in der Werchowna Rada. Seit 2004 ist er Vorsitzender der Partei „Swoboda“ und tritt nun als Spitzenkandidat bei den Parlamentswahlen an.



**Bohdan Beniuk (geboren 1957 in Bytkiv, Oblast Iwano-Frankiwsk) Platz 2:** Beniuk machte sich als Schauspieler im Theater und in Filmen einen Namen. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Partei „Swoboda“ und kandidierte bereits bei der letzten Parlamentswahl.



**Andrej Mohnik (geboren 1972 in Lypowez, Oblast Winnyzja) Platz 3:** Mohnik war als Bauingenieur tätig, bevor er politische Verantwortung übernahm. So etwa als Abgeordneter des Kiewer Regionalrates, wo er Mitglied des Ausschusses für Medien- und Meinungsfreiheit ist. Aktuell bekleidet Mohnik das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden.



**Ihor Miroshnitschenko (geboren 1976 in Lebedyn, Oblast Tscherkassy) Platz 4:** Miroshnitschenko ist als Sportreporter und Journalist tätig; derzeit ist er stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Swoboda“. Er ist außerdem Vorstandsmitglied der Partei.



**Oleksandr Schewtschenko (geboren 1937 in Simferopol, Autonome Republik Krim) Platz 5:** Der Universitätsprofessor und Doktor der Rechtswissenschaften lehrt an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew.

### 3.6. „Ukraina – vpered!“



**Gründung:** März 2012

**Homepage:** [ukraina-vpered.com](http://ukraina-vpered.com)

**Parteivorsitzende:** Natalia Korolevska

Die Partei „Ukraina – vpered!“ (Ukraine-vorwärts!) sieht sich selbst in der Rechtsnachfolge der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei (USDP), die im Jahre 1998 gegründet wurde. 2001 war die USDP eine der Gründungsparteien des Blocks Julia Tymoschenko (BJuT). Im Dezember 2011 kam es jedoch zum Bruch zwischen der USDP-Vorsitzenden Natalia Korolevska und den führenden Mitgliedern des Blocks Julia Tymoschenko, nachdem Korolevska in einer Parlamentsabstimmung nicht gemeinsam mit der BJuT-Fraktion gestimmt hatte. Im Folgenden war sie im März 2012 von BJuT ausgeschlossen worden und benannte ihre USDP in „Ukraina – vpered!“ um. Diese neue Partei ist vor allem auf freies Unternehmertum ausgerichtet und wirbt mit neuen Gesichtern für eine neue Wirtschaftspolitik in der Ukraine.



**Natalia Korolevska (geboren 1975 in Krasnyj Lutsch, Oblast Luhansk) Platz 1:** Bevor Korolevska in die Politik ging, war sie als Unternehmerin tätig. Im Jahre 2002 wurde sie in den Regionalrat von Luhansk gewählt, und seit 2006 ist sie Abgeordnete in der Werchowyna Rada, wo sie den Ausschuss für Industrie-, Regulierungspolitik und Unternehmertum leitet. Seit Dezember 2011 ist sie Parteivorsitzende von „Ukraina – vpered!“ und tritt als ihre Spitzenkandidatin an.



**Andrij Schewtschenko (geboren 1976 in Dworkowschtschina, Oblast Kiew) Platz 2:** Der ehemalige Fußballprofi ist der Öffentlichkeit vornehmlich als Spieler der ukrainischen Nationalmannschaft bekannt. Nach der Europameisterschaft 2012 beendete er jedoch seine sportliche Karriere, um in die Politik zu gehen.



**Ostap Stupka (geboren 1967 in Lwiw) Platz 3:** Stupka ist als Schauspieler sowohl in Theatern als auch in Filmen zu sehen. Er ist der Sohn des in der Ukraine bekannten und kürzlich verstorbenen Schauspielers Bohdan Stupka.



**Roman Wasko (geboren 1959) Platz 4:** Seit 2010 ist Wasko Rektor der Nationalen Linguistischen Universität in Kiew.



**Ilja Jemez (geboren 1956 in Workuta, Russland) Platz 5:** Jemez praktizierte als Herzchirurg sowohl in der Ukraine als auch im Ausland und wurde 2003 Direktor des Forschungszentrums für Pädiatrische Kardiologie und Herzchirurgie. Von Dezember 2010 bis Mai 2011 hatte er das Amt des Gesundheitsministers inne.

### 3.7. „Nascha Ukraina“

**Gründung:** März 2005

**Homepage:** [www.razom.org.ua/](http://www.razom.org.ua/)

**Aktuelle Zahl der Parlamentssitze:** 29

**Parteivorsitzender:** Wiktor Juschtschenko



Die Partei „Nascha Ukraina“ (Unsere Ukraine) zog nach der Parlamentswahl von 2007 als Teil des Wahlbündnisses „Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“ in die Werchowna Rada ein. Ihr Vorsitzender, Wiktor Juschtschenko, war von 2005 bis 2010 Staatspräsident der Ukraine. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010 erreichte der Amtsinhaber und Parteichef jedoch kaum mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen und auch bei den darauf folgenden Regionalwahlen im Herbst 2010 spielte „Nascha Ukraina“ nur noch eine marginale Rolle. Anfang 2012 trat die „Ukrainische Volkspartei“ der Partei „Nascha Ukraina“ bei. Jüngsten Umfragen zufolge hat „Nascha Ukraina“ dennoch kaum eine Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und ins Parlament einzuziehen.



**Wiktor Juschtschenko (geboren 1954 in Choruschewka, Oblast Sumy) Platz 1:** Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler war von 1993 bis 1999 Vorsitzender der ukrainischen Nationalbank, anschließend hatte er bis 2001 zwei Jahre lang das Amt des Premierministers inne. Im Jahre 2005 wurde er als Ergebnis der Orangen Revolution zum ukrainischen Präsidenten gewählt.



**Jurij Kostenko (geboren 1951 in Nowa Obodiwka, Oblast Winnyzja) Platz 2:** Kostenko arbeitete als Ingenieur, bevor er sich für eine politische Laufbahn entschied. Seit 1990 wurde Kostenko bereits fünf Mal in die Werchowna Rada gewählt. Von 1992 bis 1998 hatte er das Amt des Ministers für Umwelt und Reaktorsicherheit inne.



**Alexej Iwtschenko (geboren 1963 in Chorobrow, Oblast Lwiw) Platz 3:** Der Ingenieur war in der Wirtschaft tätig, anschließend promovierte er am Institut für Internationale Beziehungen in Kiew. Iwtschenko war als politischer Berater tätig und wurde 2005 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Ölgesellschaft „Ukrnafta“ bestimmt. Im Jahre 1998 schloss sich Iwtschenko dem Kongress Ukrainischer Nationalisten an. Seit 2006 ist er Mitglied der Fraktion „Nascha Ukraina“ in der Werchowna Rada.



**Irina Wannikowa (geboren 1976 in Samara, Russland) Platz 4:** Wannikowa war ab 2006 Pressesprecherin des damaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko. Der Öffentlichkeit ist sie in erster Linie durch zahlreiche TV-Moderationen bekannt.



**Sergej Bondartschuk (geboren 1971 in Kiew) Platz 5:** Bondartschuk studierte an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew, bevor er im Jahre 2002 in der Region Wolhynien in die Werchowna Rada gewählt wurde. Dort war er im Haushaltsausschuss tätig.

### 3.8. Auswahl einiger Direktkandidaten



**Wiktor Baloga (geboren 1963 in Zavidovo, Oblast Transkarpatien) Wahlkreis 69, Partei „Jedinyj Zentr“:** Baloga schloss 1984 sein Studium am Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht in Lwiw ab. Im Jahre 2002 zog er als parteiloser Abgeordneter erstmalig in die Werchowna Rada ein, wo er sich der Fraktion „Nascha Ukraina“ anschloss. Baloga bekleidete in den Kabinetten Jechanurow und Janukowytsch das Amt des Ministers für Katastrophenschutz und Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl.



**Mykola Kateryntschuk (geboren 1967 in Lugowe Talmenskoho, Russland) Wahlkreis 13, aufgestellt von der Vereinigten Opposition „Batkiwschtschyna“:** Der Rechtsanwalt wurde 2002 zum ersten Mal in die Werchowna Rada gewählt. Während der Orangen Revolution spielte er als Leiter der Rechtsabteilung des Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko eine wichtige Rolle. Hiernach wurde er zum stellvertretenden Leiter der Staatlichen Steuerverwaltung der Ukraine ernannt. Nach den Parlamentswahlen 2006 zog er erneut ins Parlament ein, wo er Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftspolitik wurde. Kateryntschuk ist Vorsitzender der Europäischen Partei der Ukraine, tritt bei den diesjährigen Parlamentswahlen jedoch als Direktkandidat der Vereinigten Opposition „Batkiwschtschyna“ an.



**Oleg Ljaschko (geboren 1972 in Tschernihiw) Wahlkreis 208, Radikale Partei von Oleg Ljaschko:** Zunächst war Ljaschko im journalistischen Bereich tätig, unter anderem als Chefredakteur der Zeitung „Freiheit“. Im Jahre 2006 zog er auf der Liste des Blocks von Julia Tymoschenko ins ukrainische Parlament ein. Im darauffolgenden Jahr wurde er in seinem Abgeordnetenmandat bei den vorgezogenen Neuwahlen bestätigt und übernahm das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses.



**Petro Poroschenko (geboren 1965 in Bolgrad, Oblast Odessa) Wahlkreis 12 unabhängig:** Nach seinem Studium der internationalen Ökonomie war Poroschenko zunächst in der Privatwirtschaft tätig, bevor er 1998 erstmalig in die Werchowna Rada einzog. Poroschenko war bereits Außenminister der Ukraine, Vorsitzender des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates sowie Vorsitzender des Rates der ukrainischen Nationalbank. Seit März dieses Jahres ist er Wirtschaftsminister des Landes. Er gilt als einer der reichsten Männer der Ukraine, ist Gründer der bekannten ukrainischen Schokoladenfabrik „Roshen“ und besitzt den ukrainischen Fernsehsender 5. Kanal.



**Taras Stezkiw (geboren 1964 in Lwiw) Wahlkreis 117, unabhängig:** Stezkiw ist Historiker und lehrte an der Nationalen Iwan-Franko-Universität in Lwiw. Seine politische Karriere begann er im Regionalrat von Lwiw, bevor er 1994 als Mitglied der Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine in die Werchowna Rada einzog. Während der Orangen Revolution unterstützte Stezkiw aktiv den späteren Präsidenten Viktor Juschtschenko, im Jahre 2006 wurde er dessen politischer Berater.



**Wolodymyr Stretowytsch (geboren 1958 in Sabrane, Oblast Schytomyr) Wahlkreis 184, unabhängig:** Der promovierte Jurist war neben seinem Engagement in der Politik als Wissenschaftler und Dozent tätig. Er beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung der ukrainischen Verfassung. Während seiner Zeit als Abgeordneter leitete Stretowytsch den Ausschuss für Justiz- und Rechtsreformen sowie den Ausschuss zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption. Zuletzt trat er für die ukrainische Christlich-Demokratische Union an, als Teil des Blocks „Nascha Ukraina – Narodna Samooborona“.

## 4. IM VORFELD DER PARLAMENTSWAHLEN

### 4.1. Einteilung der Wahlkreise

Das ukrainische Wahlgesetz vom November 2011 sieht in Artikel 18 vor, dass die Zentrale Wahlkommission (ZWK) einen nationalen Einheitswahlkreis (nationaler Mehrmandatswahlkreis) einrichtet, der das gesamte Territorium der Ukraine sowie die Auslandswahlkreise umfasst, und zusätzlich 225 Direktwahlkreise (Einwahlkreise) schafft. Für die Einteilung der Wahlkreise sieht das Wahlgesetz zwei Richtlinien vor: Zum einen muss ein Wahlkreis vollständig innerhalb einer der 27 Regionen des Landes liegen; die Zentrale Wahlkommission darf also keine Regionen übergreifenden Wahlkreise schaffen. Zum anderen darf die Anzahl der registrierten Wähler in den Wahlkreisen nicht um mehr als zwölf Prozent von der durchschnittlichen Wähleranzahl in den Wahlkreisen abweichen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme zum Wahlgesetzentwurf kritisierten die Venedigkommission und die OSZE im Oktober 2011, dass der Gesetzentwurf keine ausreichenden Kriterien spezifiziere, an denen sich die Zentrale Wahlkommission bei der Bestimmung der Grenzen von Wahlkreisen orientieren könne. Die beiden Institutionen empfahlen den Gesetzentwurf dahingehend zu verändern, dass die Grenzziehung der Wahlkreise sich nach den territorial-administrativen Verwaltungsgrenzen im Lande richten sollte. Das ukrainische Parlament folgte dieser Empfehlung jedoch nicht und verabschiedete das Wahlgesetz, ohne es um konkrete Richtlinien für die Wahlkreiseinteilung zu ergänzen. Auch der Vorschlag internationaler Organisationen, ein gesondertes Gesetz über die Einteilung der Wahlkreise zu verabschieden, wurde nicht aufgegriffen.

Die Entscheidung über die Grenzziehung zwischen den Wahlkreisen lag somit völlig im Ermessen der Zentralen Wahlkommission. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe ging die Kommission nicht immer in Übereinstimmung mit internationalen Standards vor. Einer Untersuchung der Nichtregierungsorganisation „Wählerkomitee der Ukraine“ zufolge, ist die Mehrheit der Wahlkreise zwar territorial zusammenhängend, innerhalb administrativer Grenzen und somit entsprechend international bewährter Praxis entstanden, jedoch gibt es einige Unregelmäßigkeiten – insbesondere in der Kiewer, Donezker, Dnipropetrowsker und Luhansker Oblast. Hier finden sich Wahlkreise teils mit ungerechtfertigten künstlichen Exklaven, teils mit Begrenzungen, die deutlich von den Grenzen der Verwaltungseinheiten abweichen. Da das Wahlgesetz die Entscheidung über die Ziehung der Grenzen gänzlich der Zentralen Wahlkommission überlässt und keine objektiven Richtlinien zu deren Festlegung anbietet, ist es für die ZWK schwierig, die ihr entgegengebrachten Vorwürfe, nach denen andere Faktoren als nur geographisch-administrative Aspekte bei der Zuschneidung der Wahlkreise ausschlaggebend waren, zurückzuweisen. Insgesamt zwölf Prozent der 225 Wahlkreise stehen unter dem Verdacht, durch sogenanntes *gerrymandering* entstanden zu sein; also durch manipulatives Zuschneiden von Wahlkreisen mit dem Ziel des Stimmengewinns für eine politische Partei. Dieser Anteil entspricht 19 von 225 Parlamentssitzen.

Als Beispiel für künstliche Exklaven bei der Wahlkreiseinteilung können die Wahlkreise mit den Nummern 50, 52, 53, 55 und 61 in der Oblast Donezk dienen. Hier wurden einzelne Städte oder Gebiete, die eigentlich auf dem Territorium eines anderen Wahlkreises liegen, einem geographisch nicht angrenzenden Wahlkreis angeschlossen, ohne dass dies durch administrative oder geographische Gründe zu rechtfertigen wäre. Nicht nur, dass die Bildung künstlicher Exklaven bei der Wahlkreiseinteilung zu einer unnötigen Verkomplizierung der wahlbezogenen Logistik führt; die Existenz derartiger Anomalien bietet zudem Anlass für Spekulationen über parteistrategische Motive.



Die Zentrale Wahlkommission hätte ihren großen Handlungsspielraum in der Frage der Wahlkreiseinteilung nutzen können, um bei ihrer Arbeit mit größtmöglicher Transparenz und Objektivität vorzugehen und durch öffentliche Erklärungen ihrer Entscheidungen das Vertrauen in sie zu erhöhen. Stattdessen lief der Prozess der Wahlkreiseinteilung vornehmlich hinter verschlossenen Türen ab und der Zentralen Wahlkommission ist es nach Angaben führender ukrainischer Wahlbeobachtungsorganisationen nicht gelungen, sich als transparente und vertrauenswürdige öffentliche Institution zu etablieren.

## **4.2. Die Wahlparteitage der aussichtsreichsten Parteien**

In der letzten Juliwoche begannen die meisten politischen Parteien ihren Wahlkampf mit ihren Parteitag, um dort über ihre Programme und Kandidatenlisten abzustimmen. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Parteitage lässt jedoch auf die jeweilige Ausprägung der innerparteilichen Demokratie schließen: Die Nichtregierungsorganisation OPORA übte in diesem Zusammenhang starke Kritik an der mangelnden Transparenz sowie den demokratischen Defiziten der meisten Parteitage.

### **Die Vereinigte Opposition „Batkiwschtschyna“**

Den Auftakt machte die Vereinigte Opposition am 30. Juli, nachdem der Termin wegen der geplanten gerichtlichen Anhörung Julia Tymoschenkos mehrfach verschoben worden war. Die Delegiertenversammlung fand im Stehen unter freiem Himmel im Hof der Parteizentrale von „Batkiwschtschyna“ statt, wofür Oleksandr Turtschynow, stellvertretender Parteivorsitzender, staatliche Stellen verantwortlich machte, die die Partei bei der Anmietung einer Örtlichkeit behindert hätten. Das Wahlprogramm, welches vor allem Wirtschafts- und Sozialreformen vorsieht, wurde von den Delegierten einstimmig angenommen, bevor sie über ihre Kandidaten abstimmten. Zwar verlas Turtschynow deren über 400 Namen einzeln, stellte sie jedoch nicht zur Diskussion. Die Kandidatenlisten waren im Vorhinein nicht veröffentlicht worden und lagen den Delegierten – OPORA zufolge – selbst unmittelbar vor der Abstimmung nicht vor. Der gesamte Parteitag dauerte lediglich eine Stunde, da am selben Tag im Parlament über das umstrittene Sprachengesetz abgestimmt werden sollte und somit ein enger Zeitrahmen eingehalten werden musste. Der Wahlparteitag der Vereinigten Opposition blieb in Fragen der innerparteilichen Demokratie und Transparenz hinter den Erwartungen zurück, da weder über das Wahlprogramm der Partei, noch über die aufgestellten Kandidaten diskutiert wurde.

### **Die Partei der Regionen**

Der Parteitag der Partei der Regionen fand am Abend des 30. Juli statt und wurde live im ersten nationalen Fernsehkanal übertragen. Sowohl Staatspräsident Wiktor Janukowytsch als auch der Parteivorsitzende und Premierminister Mykola Asarow betonten in ihren Reden die wirtschaftlichen Fortschritte, die die Ukraine in den letzten Jahren, insbesondere durch die erfolgreiche Austragung der Fußball-EM, gemacht habe. Anschließend ergriffen mehrere Regionalvorsitzende der Partei sowie internationale Gäste das Wort. Die Abstimmungen über Wahlprogramm und die Kandidatenlisten folgten, wobei auch hier keinerlei Debatten stattfanden. Die Namen der aufgestellten Kandidaten wurden im Zuge der Abstimmung nicht einmal vorgelesen. Damit konnte auch der Parteitag der Regierungspartei die Anforderungen an innerparteiliche Transparenz und Demokratie nicht erfüllen.

### **UDAR**

Der Parteitag von Vitali Klitschkos Partei UDAR begann am 1. August mit der Verlesung eines Briefes von EVP-Präsident Wilfried Martens, in dem er der Partei seine Unterstützung zusagte. Anschließend wurde des Wahlprogramm vorgestellt und von mehreren

Delegierten in ihren Redebeiträgen unterstützt: Es umfasst in erster Linie Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, Vorschläge zur Wirtschafts- und Justizreform, zur Stärkung der öffentlichen Selbstverwaltung sowie eine Reform der Exekutivorgane. Dieser Parteitag hob sich von den übrigen ab, da über jeden einzelnen der 450 Kandidaten gesondert abgestimmt wurde. Elf der vorgeschlagenen Kandidaten wurden abgelehnt, da sie dem von der NGO „Tschesno“ („Ehrlich“) entwickelten Abgeordneten-Monitoring nicht entsprachen. Insgesamt schien der Parteitag von UDAR den Prinzipien der Transparenz und innerparteilichen Demokratie am stärksten verpflichtet gewesen zu sein.

#### **„Ukraina-vpered!“**

Ebenfalls am 1. August veranstaltete die Partei „Ukraina – vpered!“ von Natalia Korolewska ihren Parteitag. Er teilte sich in einen öffentlichen, live im Fernsehen übertragene Teil mit Show-Charakter, und einen zweiten, nicht-öffentlichen Teil, in dem die Delegierten die Kandidatenlisten bestätigten. Da zu letzterem Teil keine Journalisten oder NGO-Vertreter zugelassen waren, gibt es keine verlässlichen Angaben über die Transparenz der Abstimmung.

#### **„Swoboda“**

Auch die rechtsnationale Partei „Swoboda“ hielt ihren Parteitag am 1. August ab. Der Parteivorsitzende Oleh Tjahnybok äußerte sich optimistisch, dass bald die erste Fraktion ukrainischer Nationalisten im Parlament vertreten sein werde. Die Parteiliste beinhaltet nur 35 Kandidaten, weil sich die Partei mit der Vereinigten Opposition darauf geeinigt hatte, in Direktwahlkreisen keine Konkurrenz Kandidaten gegeneinander aufzustellen. OPORA zufolge entsprach dieser Parteitag neben dem von UDAR am besten den demokratischen Standards und dem Prinzip der Transparenz.

### **4.3. Charakteristika des Wahlkampfes**

Obwohl der offizielle Wahlkampf in der Ukraine erst 90 Tage vor dem Wahltag beginnt, war direkte und indirekte Parteienwerbung auch schon vor dem 30. Juli im Land zu bemerken. Viele unabhängige ukrainische und internationale Nichtregierungsorganisationen begleiten den Wahlprozess im Land und geben Bewertungen ab, die Anlass zur Sorge über den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes geben. Nach Einschätzungen von OPORA könne aufgrund sich häufender Vorkommnisse in den verschiedensten Regionen des Landes nicht von einem transparenten, fairen und vor allem gleichberechtigten Wahlkampf zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien gesprochen werden. Lokale Wahlbeobachter berichten über den massiven Einsatz administrativer Ressourcen, wodurch die Kandidaten des Regierungslagers einen eindeutigen Vorteil gegenüber Oppositionskandidaten genießen; sie berichten über direkte und indirekte Formen des Kaufs von Wählerstimmen bzw. gezielte Wohltätigkeitsaktionen; ferner über Störungen des gegnerischen Wahlkampfes, etwa durch die Behinderung ihrer Wahlkampfversammlungen oder die Beschädigung gegnerischer Wahlplakate und -stände.

#### **Missbrauch administrativer Ressourcen im Wahlkampf**

Ein wichtiges Kennzeichen des bisherigen Wahlkampfverlaufes sind die wiederholten Berichte über den Missbrauch administrativer Ressourcen, die zur Unterstützung des Wahlkampfes derjenigen Kandidaten benutzt werden, die bereits Zugang zur Macht haben. Zwei Formen des Missbrauchs administrativer Ressourcen kommen dabei regelmäßig zum Einsatz: Zum einen werden lokale, regionale oder staatliche Finanzmittel zur Unterstützung des Wahlkampfes der jeweiligen Partei oder des eigenen Kandidaten genutzt, um sich dadurch Vorteile in finanzieller Hinsicht zu verschaffen. In vielen Fällen schwimmt dabei die Grenze zwischen Wahlkampfbudget und öffentlichem Budget: Kandidaten, die bereits ein öffentliches Amt innehaben, nutzen vielfach Initiativen, die vom lokalen bzw. regionalen Budget finanziert werden für eigene Wahlkampfzwe-

cke. Beispielsweise wurde eine jährlich stattfindende und vom Budget der Region Odessa bezahlte Gesundheitsuntersuchung („Medizinische Volksuntersuchung“) im Wahlkampf von der Partei der Regionen genutzt, um sie als „ihre“ Veranstaltung zu deklarieren und Informationsmaterial über die Partei und ihre Direktkandidaten zu verteilen.

Zum zweiten nutzen einige Kandidaten und Parteien ihre eigene Position in Regierungsverantwortung aus, um gegnerische Kandidaten in ihrem Wahlkampf zu behindern. Dies umfasst nach Angaben von OPORA zum Beispiel die gängige Praxis, dass lokale Behörden eilige Entscheidungen treffen, um Bauarbeiten gerade dort durchzuführen, wo politische Aktionen oder Versammlungen des gegnerischen Lagers geplant waren, um deren Ablauf zu behindern. So kam es in der Region Dnepropetrowsk zur Absage eines Treffens des Abgeordneten Roman Tkatsch (Front Smin) mit seinen Wählern im Kulturhaus des Dorfes, da unter dem Vorwand der Durchführung dringender Reparaturarbeiten die vereinbarte Anmietung des Hauses kurzfristig rückgängig gemacht wurde. Im Gegensatz dazu werden die Wahlkampagnen der Kandidaten des eigenen Lagers unterstützt, indem sie sich an öffentlichen Veranstaltungen der Behörden (z.B. anlässlich der Eröffnung neuer sozialer oder kultureller Einrichtungen) oder auch auf den offiziellen Webseiten der Behörden als Wahlkreiskandidat präsentieren und für sich werben können.

### **Direkter und indirekter Stimmenkauf durch Wahlgeschenke und Wohltätigkeit**

Eine bedeutende Gefahr für die Transparenz und Fairness im Wahlkampf ist auch die weit verbreitete Praxis des direkten oder indirekten Stimmenkaufs, wie sie von einigen Parteien bzw. Kandidaten betrieben wird. Wie weit diese Methode auch in der ukrainischen Gesellschaft anerkannt oder zumindest geduldet ist, zeigen die Ergebnisse einer Befragung der Ilko Kucheriv Stiftung für Demokratische Initiativen: Demnach sind zehn Prozent der Befragten bereit, ihr Recht auf freie Wahl für eine Summe zwischen 50 UAH und 500 UAH (dies entspricht etwa 5 bis 50 EUR) zu verkaufen und 17,6 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es sich hierbei um eine rechtmäßige und beliebte Wahlkampfmethodik handelt. In der Tat zeigt auch der Bericht von OPORA, dass der direkte Kauf von Wählerstimmen sich zu einem Trend im Wahlkampf entwickelt hat, dessen falsifizierende Wirkung auf das letztliche Wahlergebnis keinesfalls unterschätzt werden sollte. So wird beispielsweise über eine Ankündigung berichtet, die in der Donezker Oblast auf breite Öffentlichkeit stieß, wonach der Abgeordnete Mykola Janowsky (Partei der Regionen) Rentnern eine finanzielle Einmalhilfe in Höhe von 100 UAH (etwa 10 EUR) gewähre. In der Folge bildeten sich lange Schlangen mit wartenden Senioren vor dem regionalen Büro der Partei der Regionen, die ihre Anträge auf Genehmigung der Finanzhilfe einreichten. Auch wenn in bar ausgezahlte Geldgeschenke an potentielle Wähler im Vergleich zu Sachgeschenken nicht sehr verbreitet sind, so treten sie doch vereinzelt auf und sorgen dafür, dass in gewisser Weise ein Schuldigkeitsverhältnis zwischen dem Begünstigten und dem Wahlkandidaten eintritt, das die Abstimmung für eben diesen Kandidaten – sei es aus Dankbarkeit oder aus gewonnener Sympathie – wahrscheinlicher macht.

Der indirekte Stimmenkauf durch Sachgeschenke (in der Regel durch Lebensmittelpakete) in Verbindung mit der Verteilung von Wahlkampfbroschüren oder anderem parteipolitischen Informationsmaterial ist ein ebenso weit verbreitetes Phänomen wie gezielte Wohltätigkeitsaktionen im jeweiligen Wahlkreis des Kandidaten. Im Leninsky Bezirk der ostukrainischen Stadt Luhansk verteilte beispielsweise der Kandidat Wolodymyr Medjanyk (Partei der Regionen) anlässlich des Tags des Heiligen Wolodymyrs am 18. Juli kostenlose Lebensmitteltüten mit dem Namen des Kandidaten und seiner persönlichen Wahlkampfzeitung an Rentner. Ebenfalls durch die Verteilung von Lebensmitteln machte der Kandidat Ruslan Pantschyschyn auf sich aufmerksam, der zunächst als Kandidat der oppositionellen „Front Smin“ gehandelt worden war: Er verteilte in seinem Wahlkreis in der Oblast Tscherniwzi gratis fünf Kilogramm Mehl pro Person. Nach Bekanntwerden seiner Aktion verurteilte „Front Smin“ diese Art des Wahlkampfes

und schloss Ruslan Pantschyschyn aus der Partei aus, worauf dieser nun als unabhängiger Direktkandidat seines Wahlkreises antritt.

Darüber hinaus ist der gezielte Einsatz von Wohltätigkeitsaktionen als ein weiteres Mittel der Wählerbeeinflussung zu beobachten. Besonderer Beliebtheit unter den Kandidaten erfreuen sich Sachspenden an Institutionen des Gesundheitswesens: Die beschenkten Kliniken dürfen sich – je nach Großzügigkeit des jeweiligen Wahlkreiskandidaten – über Spenden in Form von Ohrenspiegeln, Blutdruckmessgeräten, Ultraschallgeräten bis hin zu Inkubatoren, Elektrokardiographen und Magnetresonanztomographen freuen. Eine gängige Methode, um als Wahlkreiskandidat die Sympathie der örtlichen Bevölkerung mit Hilfe von Wohltätigkeitsaktionen für sich zu gewinnen, ist es ferner, Schulen Sachgeschenke zu machen – sei es in Form von neuen Fenstern und Dachziegeln zur Reparatur des Schulgebäudes oder in Form von Computer- und Bücherspenden zur besseren Ausstattung der Schulen im Wahlkreis – sowie den Bau von Spielplätzen zu finanzieren. Auch Spenden an Kirchen und Religionsgemeinschaften sind verbreitet. So spendete der Wahlkreiskandidat Anatoli Juchimenko (Partei der Regionen), der in der Oblast Riwne für einen Sitz im Parlament kandidiert, mehreren Kirchen seines Wahlkreises nach Angaben von OPORA insgesamt rund 40.000 UAH (etwa 4.000 EUR).

### **Gebrauch von „Schwarzer PR“**

Die gezielte Verbreitung von falschen Informationen über den politischen Gegner, häufig auch als „schwarze PR“ bezeichnet, findet im ukrainischen Wahlkampf zunehmend Anwendung. Ziel dieser Methode ist es, den politischen Gegner zu diskreditieren – entweder indem vorgebliche oder tatsächliche Schwächen des Kandidaten veröffentlicht werden, oder indem durch gezielte Aktionen das gegnerische Lager als zerstritten dargestellt wird, um es auf diese Weise zu schwächen. So wurden in der zentralukrainischen Stadt Kirowohrad von Unbekannten Flugblätter verteilt, auf denen der Abgeordnete Valerij Kaltschenko („Batkiwtschyna“) den Geschäftsmann und Direktkandidaten Andriy Tabalow („Front Smin“) scharf kritisierte. Die zur Vereinigten Opposition zusammengeschlossenen Parteien „Batkiwtschyna“ und „Front Smin“ hatten sich im Vorfeld für den betroffenen Wahlkreis auf Tabalow als Direktkandidaten geeinigt. Noch am gleichen Tag distanzierte sich Waleriy Kaltschenko von dieser Aktion und kündigte juristische Schritte an, um die Verantwortlichen ausfindig zu machen. Auch die Diskreditierung von Kandidaten über soziale Netzwerke findet zunehmend Verbreitung. So wurden auf Facebook persönliche Profile zweier Kandidaten der Partei der Regionen, Anatoliy Juchymenko und Mykola Soroka, erstellt, auf denen Informationen verbreitet wurden, die gegen die aktuelle Regierung Stimmung machten. Beide Kandidaten distanzieren sich von den Facebook-Profilseiten und nannten die Erstellung von Fremden in ihrem Namen eine politische Provokation.

### **Fazit**

Der Grad an Fairness und Transparenz des Vorwahlkampfes und der ersten Phase des offiziellen Wahlkampfes sind aufgrund der geschilderten Vorkommnisse fragwürdig. Insbesondere der Wahlkampf der Kandidaten in den Direktwahlkreisen wird oft mit unfairen Mitteln und unter Zuhilfenahme administrativer Ressourcen ausgefochten, wodurch Kandidaten ohne Zugang zu finanziellen und Machtressourcen eine deutlich schwächere Ausgangsposition für ihren Wahlkampf haben. Es gibt bislang kaum Anzeichen dafür, dass sich die Wahlkampfmethoden in den verlebenden zwei Monaten verändern werden.

#### 4.4. Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen

Seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Viktor Janukowytsch im Frühjahr 2010 ist in der Ukraine ein Rückgang der Pressefreiheit zu bemerken, der sich unter anderem in den regelmäßig durchgeführten Untersuchungen der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen widerspiegelt. In ihren seit 2002 jährlich veröffentlichten Ranglisten zur Medienfreiheit („Press Freedom Index“) in 180 Ländern der Welt zeigt sich eine deutliche Verschlechterung der Lage in der Ukraine innerhalb der letzten zwei Jahre: Während das Land in den Jahren nach der Orangen Revolution 2004 in dem weltweiten Ranking kontinuierlich nach vorne rückte und in den Jahren 2008 und 2009 sein bislang bestes Ergebnis im Mittelfeld aller untersuchten Länder erzielte, sank es in den vergangenen zwei Untersuchungsperioden 2010 und 2011 wieder ins letzte Drittel der Liste ab.

Während der Sommermonate dieses Jahres kam es zu einer Reihe von Vorfällen in der ukrainischen Medienlandschaft, die deren Pluralismus ernsthaft gefährden und die Tendenz der Untersuchungen bestätigen. Sowohl ukrainische als auch internationale Experten zeigen sich daher besorgt um den Zustand der Pressefreiheit im Lande.

Diese Sorge betrifft zum einen den Fernsehsender TVi, der als einer der wenigen regierungskritisch und landesweit berichtenden Kanäle gilt. Die ukrainische Steuerbehörde ließ im Juli 2012 die Räumlichkeiten des Senders durchsuchen, nachdem bereits seit April 2012 Vorwürfe der Steuerbehörde gegen den Generaldirektor Mykola Knjazhytskyj wegen Steuerhinterziehung erhoben wurden. Knjazhytskyj, der auf der gemeinsamen Parteiliste der Vereinigten Opposition „Batkiwtschyna“ an elfter Position für einen Sitz im Parlament kandidiert, beteuerte, dass die Vorwürfe gegen ihn haltlos seien und dass die staatliche Steuerbehörde noch Ende 2011 eine Steuerprüfung vorgenommen habe, bei der keinerlei Unregelmäßigkeiten festgestellt worden seien. Ende Juli 2012 erklärte die Behörde, nicht zuletzt aufgrund von nationalen und internationalen Protesten gegen dieses Vorgehen, dass sie keine weiteren strafrechtlichen Verfolgungen gegen den Chef von TVi vornehmen werde. Nichtsdestotrotz ersetzte der führende ukrainische Anbieter von Kabelfernsehen im Juli die Übertragung von TVi zugunsten eines durch die staatliche Nationalbank der Ukraine kontrollierten Senders. Zudem beendete er die Übertragung des Charkiwer regionalen Senders „Simon“, der einige Programme von TVi seither ausgestrahlt hatte. In der Folge können laut Angaben der Canada Ukraine Foundation rund 200.000 Ukrainer den Sender TVi nicht mehr empfangen.

Auch die Internetzeitung „Livyj Bereh“ (Linkes Ufer) und ihre Chefredakteurin Sonia Koschkina fanden sich nach der Veröffentlichung regierungskritischer Meldungen mit Druck von staatlicher Seite konfrontiert. Die Zeitung hatte im November 2011 ein Bild des Abgeordneten Wolodymyr Landyk (Partei der Regionen) auf ihrer Internetseite veröffentlicht, das ihn dabei zeigt, wie er im Parlament eine SMS verschickt, in der er einen Vertrauten um Hilfe im Falle seines vor Gericht wegen eines tätlichen Angriffs auf ein junges Mädchen angeklagten Sohnes bittet. Auf Landyks Beschwerde hin erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Chefredakteurin Koschkina wegen der Verletzung der Privatsphäre Landyks. Einige Monate nachdem die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Sonia Koschkina und ihre Internetzeitung eröffnet hatte, reisten die Journalistin und einige ihrer Redakteure aus Angst vor Strafverfolgung in die Europäische Union aus. Kurz darauf erklärte der Abgeordnete Landyk, er habe die Staatsanwaltschaft gebeten, die Anklage fallen zu lassen.

Diese zwei Beispiele illustrieren, dass regierungskritisch berichtende Medien um den Erhalt ihres Platzes innerhalb der ukrainischen Presselandschaft kämpfen müssen. Nicht wenige Medien ziehen daher die Selbstzensur vor, zum Beispiel indem Oppositionspolitiker nicht zu Diskussionsrunden eingeladen werden, um möglichen Konflikten

mit staatlichen Behörden von vornherein auszuweichen. Die zu konstatierende zunehmende Abhängigkeit der Medien von Politik und Wirtschaft ist letztlich auch darauf zurückzuführen, dass sich ganze Medienkonzerne in den Händen einflussreicher und in Politik und Wirtschaft gut vernetzter Einzelpersonen befinden, die an einer kritischen Berichterstattung kaum Interesse haben können, wollen sie ihre guten Beziehungen in die höchsten staatlichen Ebenen nicht gefährden.

Der aufgezeigte Negativtrend schlägt sich auch im derzeitigen Wahlkampf nieder, wie das regelmäßig alle zwei Monate erscheinende Medienmonitoring der Akademie der Ukrainischen Presse (AUP) zeigt. Es wertet insgesamt acht politische Nachrichtensendungen von acht verschiedenen Fernsehkanälen aus. In seiner Juni-Ausgabe kamen die Autoren der Studie zu dem Ergebnis, dass ein zunehmendes Ungleichgewicht in der Berichterstattung herrscht: Während des Untersuchungszeitraums vom 4.-9. Juni dieses Jahres wurden Vertreter der Regierungspartei in den Fernsehnachrichten dreimal häufiger erwähnt als oppositionelle Parteien (im April 2012: 1,4 Mal häufiger); ferner sind sie 4,6 Mal häufiger in O-Tönen zu Wort gekommen als Vertreter der Opposition (im April 2012: dreimal häufiger). Insgesamt betrafen im Juni der Studie zufolge 69 Prozent aller politischen Meldungen im Fernsehen die Regierungspartei, während nur 23 Prozent der Beiträge sich der Opposition widmeten. Betrachtet man die einzelnen politischen Akteure gesondert, so kommt Staatspräsident Viktor Janukowytsch mit 10,8 Prozent Erwähnung in den Fernsehnachrichten die meiste Aufmerksamkeit aller politischen Persönlichkeiten zu. Es folgen auf den Plätzen zwei und drei Premierminister Mykola Asarow (5,4 Prozent) und Parlamentssprecher Wolodymyr Lytwyn (3,3 Prozent) gleich auf mit Julia Tymoschenko. Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich bei der Auswertung der während des Untersuchungszeitraums in Sekunden gemessenen Dauer der Wortbeiträge politischer Akteure. Ausgewertet wurden die Wortbeiträge von mindestens 20-sekündiger Dauer. Demnach kamen in den untersuchten Fernsehnachrichten im Juni Präsident Janukowytsch mit insgesamt 661 Sekunden deutlich am längsten zu Wort, gefolgt von Regierungschef Asarow (301 Sekunden) und Parlamentssprecher Wolodymyr Lytwyn (240 Sekunden). Insgesamt stammen somit von diesen drei Amtsträgern allein 43 Prozent der Wortbeiträge, die in den untersuchten Nachrichtensendungen ausgestrahlt wurden, wobei auf Präsident Janukowytsch allein 23 Prozent der gesamten Redezeit entfällt. Die Akademie der Ukrainischen Presse spricht in diesem Zusammenhang von einem „Machtbonus“, der es den Vertretern der Regierung eindeutig erleichtert, sich und ihre Politik vor allem in den staatlichen und regierungstreu berichtenden Fernsehsendern zu präsentieren. Hierzu zählen laut der Erhebung vor allem der staatliche Sender „Perschyj Nazionalnyj“ (Erster Nationaler Kanal) sowie der Kanal „Inter“. Nur in den Nachrichten des regierungskritischen Senders „TVi“ kommen Präsident Janukowytsch und Premier Asarow überhaupt nicht bzw. kürzer als 20 Sekunden zu Wort.

Die Tatsache, dass nur wenige Monate vor der Wahl ein derartiges Ungleichgewicht in der Berichterstattung zwischen Regierungsvertretern und Oppositionsvertretern herrscht, lässt darauf schließen, dass der Zugang zu den Medien zwecks Platzierung von Wahlbotschaften an die potentiellen Wähler, sehr unausgeglichen ist. Zudem drängt sich der Eindruck auf, dass durch die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen regierungskritische Medien und deren Chefredakteure – sei es auf Initiative staatlicher Behörden oder mit deren Unterstützung – darauf abgezielt wird, regierungskritische Berichterstattung zu unterbinden. Die dadurch entstehende Tendenz zur Selbstzensur trägt zu einer Herabsetzung des Grads an Pluralismus in der ukrainischen Medienlandschaft bei und beeinträchtigt in letzter Konsequenz die Möglichkeit der Durchführung freier und fairer Wahlen.

## 5. LITERATURVERZEICHNIS

**Akademie der Ukrainischen Presse, Internews, US AID** (Juni 2012): Моніторинг політичних новин. Основні результати.

<http://www.aup.com.ua/upload/1340858576June12L.pdf>

**Bader Max und Andrey Meleshevich** (März 2012): Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen. In: Ukraine-Analysen 102/2012.

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen102.pdf>

**Committee of Voters of Ukraine** (Juni 2012): Report. On Results of Long-Term Monitoring on Preparations for Parliamentary Elections in Ukraine in June 2012.

[http://issuu.com/victorkylymar/docs/report\\_cvu\\_lto\\_12\\_jun/3](http://issuu.com/victorkylymar/docs/report_cvu_lto_12_jun/3)

**Committee of Voters of Ukraine, International Foundation for Electoral Systems, US AID** (Mai 2012): 2012 Parliamentary Elections. Boundary Delimitations Summary and Analysis.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/Reports/2012/~media/Files/Publications/Reports/2012/Ukraine\\_2012\\_Boundary\\_Delimitation\\_Eng.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/Reports/2012/~media/Files/Publications/Reports/2012/Ukraine_2012_Boundary_Delimitation_Eng.pdf)

**Ennis, David und Gavin Weise, International Foundation for Electoral Systems** (September 2011): Review and Analysis of the Draft Law on the Election of People's Deputies of Ukraine.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/Papers/2011/~media/Files/Publications/Papers/2011/IFES\\_Ukraine\\_Review\\_and\\_Analysis\\_of\\_Draft\\_Law\\_2011.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/Papers/2011/~media/Files/Publications/Papers/2011/IFES_Ukraine_Review_and_Analysis_of_Draft_Law_2011.pdf)

**Gameniuk Victoria** (November 2011): Last Chance for Ukraine.

[http://www.eu.prostir.ua/files/1320939098380/Election%20legislation\\_PB\\_eng.pdf](http://www.eu.prostir.ua/files/1320939098380/Election%20legislation_PB_eng.pdf)

**Giucci Ricardo und Robert Kirchner** (Juli 2012): Abschwächung der Konjunktur: Wie soll dagegen gesteuert werden? In: Newsletter Deutsche Beratergruppe 47/2012.

[http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter\\_47\\_2012\\_Deutsche%20Beratergruppe.pdf](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter_47_2012_Deutsche%20Beratergruppe.pdf)

**Haase Annegret, Larysa Kuzmenko, Vlad Mykhnenko und Myroslava Soldak** (Juni 2012): Schrumpfende Ukraine: Bevölkerungsentwicklung und Dilemmata der Politik. In: Ukraine-Analysen Nr. 105.

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen105.pdf>

**International Foundation for Electoral Systems, US AID** (Juli 2012): IFES Ukraine Election Bulletin #3.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES\\_2012\\_Ukrainian\\_Election\\_Bulletin\\_3\\_Eng.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES_2012_Ukrainian_Election_Bulletin_3_Eng.pdf)

**International Foundation for Electoral Systems, US AID** (August 2012): IFES Ukraine Election Bulletin #4.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES\\_2012\\_Ukrainian\\_Election\\_Bulletin\\_4\\_Eng.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES_2012_Ukrainian_Election_Bulletin_4_Eng.pdf)

**International Foundation for Electoral Systems, US AID** (August 2012): IFES Ukraine Election Bulletin #6.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES\\_2012\\_Ukrainian\\_Election\\_Bulletin\\_6\\_Eng.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES_2012_Ukrainian_Election_Bulletin_6_Eng.pdf)

**International Foundation for Electoral Systems, US AID** (August 2012): IFES Ukraine Election Bulletin #7.

[http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES\\_2012\\_Ukrainian\\_Election\\_Bulletin\\_7\\_Eng.pdf](http://www.ifes.org/Content/Publications/News-in-Brief/2012/July/~media/Files/Publications/IFES%20News%20in%20Brief/2012/IFES_2012_Ukrainian_Election_Bulletin_7_Eng.pdf)

**Jazenjuk Arsenij** (Juli 2012): Виступ Арсенія Яценюка на З'їзді Об'єднаної опозиції ВО.

<http://frontzmin.ua/ua/media/news/none/11952-vistup-arsenija-jatsenjuka-na-zyizdi-obednanoyi-opozitsiyi-vo-batkivschina.html>

**Jilge Wilfried** (2011): Challenges and Perspectives Concerning Election Reform at the Local Level in Ukraine.

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/du/dv/dua\\_20111107\\_09\\_/dua\\_20111107\\_09\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/du/dv/dua_20111107_09_/dua_20111107_09_en.pdf)

**Jilge Wilfried** (Juni 2012): Wirtschaftliche Auswirkungen der Fußball-Europameisterschaft. In: Newsletter Deutsche Beratergruppe 46/2012.

[http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter\\_46\\_2012\\_Deutsche%20Beratergruppe.pdf](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter_46_2012_Deutsche%20Beratergruppe.pdf)

**Kovryzhenko Denys, Agency for Legislative Studies** (Dezember 2011): New Election Law: Key Legal Vulnerabilities for Fraud.

<http://parlament.org.ua/upload/docs/New%20Election%20Law.ppt>

**Kovryzhenko Denys und Oleksandr Chernenko** (November 2011): Bill No. 9265-1, or How to undermine the electoral process.

[http://issuu.com/laboratoryli/docs/election\\_legislation\\_pp\\_eng\\_final](http://issuu.com/laboratoryli/docs/election_legislation_pp_eng_final)

**Obozrevatel** (November 2011): Rada adopts parliamentary election law introducing mixed electoral system.

<http://eng.obozrevatel.com/politics/rada-adopts-parliamentary-election-law-introducing-mixed-electoral-system.htm>

**Office For Democratic Institutions and Human Rights, OSCE** (Mai 2012): Ukraine Parliamentary Elections 28 October 2012. Needs Assessment Mission Report.

<http://www.osce.org/odihr/elections/91151>

**OPORA** (Juli 2012): Fourth Report on the results of all-Ukrainian observation of Parliamentary elections – July 2012.

<http://oporaua.org/en/news/1786-chetvertyj-zvit-za-rezultatamy-zagalnonacionalnogo-sposterezhennja-parlamentski-vybory-2012-roku>

**OPORA** (Juli 2012): З'їзд Об'єднаної Опозиції: Не місце для дискусії.

<http://oporaua.org/news/1761-zjizd-objednanoji-opozycji-ne-misce-dlja-dyskusiji>

**OPORA** (August 2012): Will the elections be competitive?

<http://oporaua.org/en/news/1793-chy-budut-vybory-konkurentnyj>



**Reporters Without Borders** (Juli 2012): "Tax fraud charge". Independent TV station boss facing "tax evasion" charge.

<http://en.rsf.org/ukraine-independent-tv-station-boss-facing-19-07-2012,43066.html>

**Reporters Without Borders** (Juli 2012): Pre-election tension. Setbacks to media freedom in run-up to elections.

<http://en.rsf.org/ukraine-setbacks-to-media-freedom-in-run-23-07-2012,43079.html>

**Reporters Without Borders, Basille Olivier** (Juli 2012): Open letter. Appeal on Parliament about dangerous draft law.

<http://en.rsf.org/ukraine-appeal-on-parliament-about-02-08-2012,43153.html>

**Sander Florian, Friedrich-Ebert-Stiftung** (Juli 2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012.

<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09237-20120723.pdf>

**Shekhovtsov Anton und Andreas Umland** (Juni 2012): Die Entstehung des ukrainophoben parteiförmigen Rechtsextremismus in der Ukraine der 1990er. In: Ukraine-Analysen Nr. 105.

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen105.pdf>

**The Canada Ukraine Foundation. International Election Observer Mission to the 2012 Parliamentary Election in Ukraine** (Juli 2012): Report #1. Gerrymandering of Single-Mandate Districts.

[http://library.constantcontact.com/download/get/file/1102084409953-300/Report1,+revised+++maps+\(1\)+ENG+arrows%5b1%5d.pdf](http://library.constantcontact.com/download/get/file/1102084409953-300/Report1,+revised+++maps+(1)+ENG+arrows%5b1%5d.pdf)

**The Canada Ukraine Foundation. International Election Observer Mission to the 2012 Parliamentary Election in Ukraine** (Juli 2012): Report #2. Media Freedom in Lead-Up to Official Start of Campaign.

[http://cufoundation.ca/misc/pdfs/Report2\\_ENG.pdf](http://cufoundation.ca/misc/pdfs/Report2_ENG.pdf)

**The Law of Ukraine** (2011): On Election of the People's Deputies of Ukraine No. 4061-VI, Enacted November 17, 2011.

[http://www.ifes.org/~media/Files/Publications/Election%20Law/2011/Ukraine\\_Parliamentary\\_Election\\_Law\\_2011\\_English.pdf](http://www.ifes.org/~media/Files/Publications/Election%20Law/2011/Ukraine_Parliamentary_Election_Law_2011_English.pdf)

**Wilfore Kristina, National Democratic Institute** (Februar 2012): Election law reform as disappointing as last fall's elections.

<http://www.kyivpost.com/opinion/op-ed/election-law-reform-as-disappointing-as-last-falls-98285.html>

**Woehrel Steven** (Mai 2012): Ukraine: Current Issues and U.S. Policy. In: CRS Report for Congress.

<http://www.fas.org/sqp/crs/row/RL33460.pdf>

**Зеркало Недели.** (Juli 2012): Яценюк заявил о завершении объединения оппозиции под флагом «Батьківщини».

[http://news.zn.ua/POLITICS/yatsenyuk\\_zayavil\\_o\\_zavershenii\\_obedineniya\\_oppozitsii\\_pod\\_flagom\\_batkivschini-104830.html](http://news.zn.ua/POLITICS/yatsenyuk_zayavil_o_zavershenii_obedineniya_oppozitsii_pod_flagom_batkivschini-104830.html)

**Украинская Правда** (August 2012): Телеканалы побили рекорды "заказухи". Лидер – Первый национальный.

<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/08/15/6970865/>

Die angegebenen Quellen wurden am 29.08.2012 zuletzt abgerufen.